Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.— RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und Hauswirtschaft", „Frauenwelt" „Fröhliche Welt", „Rund um den Erdball", „Unterhaltungsbeilage". — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RMk. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Teleg.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet. Zahlungen an Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 2771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer ∴ Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenber

Nr. 124 — Donnerstag, den 17. Oktober 1929. — 22. Jahrgang.

Sturm im Preußischen Landtag.

Sitzung des Landtages vom Mittwoch, 16. Oktober.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des vom Gemeindeausschuß vorgelegten Gesetzentwurfes über **Aenderung von Vorschriften der Landgemeindeordnung.** Nach kurzer unwesentlicher Aussprache wird die Weiterberatung der Vorlage vertagt.

Es folgt die gemeinsame Beratung von **fünf deutschnationalen Uranträgen.** Einmal wird darin die Staatsregierung ersucht, im Reichsrat **gegen den Youngplan zu stimmen.** Nach dem zweiten Antrag soll die Staatsregierung im Dienstaufsichtswege die sofortige **Rückkehr des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Böß** aus Amerika veranlassen. Ein dritter Antrag verlangt die **Aufhebung des für Rheinland und Westfalen ausgesprochenen Stahlhelmverbots,** ein weiterer eine Erklärung des Staatsministeriums, daß **jeder Beamter das Recht habe, sich am Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Youngplan zu beteiligen.** Schließlich ist mit der Beratung das von den Deutschnationalen **gegen das Gesamtkabinett eingebrachte Mißtrauensvotum** verbunden, das mit dem Stahlhelmverbot begründet wird.

Der deutschnationale Abgeordnete Becker

begründet die Anträge. Es sei verständlich, wenn Ministerpräsident Braun in seiner Rundfunkrede sachlich auf den Young-Plan nicht eingegangen ist. Er habe ja selbst hier im Hause Zweifel geäußert, ob das Angebot der deutschen Sachverständigen nicht über den Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit hinausginge. Nun überschreitet aber der Youngplan dieses Angebot noch um rund 600 Millionen jährlich, und die Belastung erstreckt sich nicht nur auf eine, sondern auf zwei Generationen. Bei richtiger Berechnung ergibt sich, daß der Young-Plan dem Dawes-Plan gegenüber nicht das kleinere Uebel darstellt, sondern daß er tatsächlich auf die Dauer das deutsche Volk auf das schwerste belastet. Unter diesen Umständen betrachten es die Männer des Volksbegehrens als eine vaterländische Pflicht, ein deutsches Ja zu diesem Young-Plan zu verhindern. Wir können eine Politik nicht mitmachen, die in wenigen Monaten das Gegenteil von dem vertritt, was sie vorher verkündet hat.

Von den Bedingungen, die die deutsche Delegation im Haag ursprünglich aufgestellt hat, hat sie keine einzige durchgesetzt. Abwegig ist die Behauptung, daß man ursprünglich auch den Reichspräsidenten von Hindenburg in dem Paragraphen 4 des Volksbegehrens mit Fuchthaus bedrohen wollte. Die Bedrohung der Beamten, die sich an dem Volksbegehren beteiligen, bildet einen groben Bruch der Verfassung. Das Verbot des Stahlhelms ist von dem volksparteilichen Abg. v. Kardorff vernichtend kritisiert worden. Wir werden alle Kräfte daran setzen, die Verwirklichung des Youngplans zu verhindern.

Ministerpräsident Dr. Braun

(vom Zurufen der Rechten unterbrochen) erklärt, seine von dem Abg. Becker erwähnte frühere Rede über die Frage des Angebots unserer Sachverständigen habe natürlich einen ganz bestimmten politischen Zweck gehabt. Dagegen, daß von den Urhebern des Volksbegehrens in ganz übertriebener Weise die **Wirkung des Young-Planes falsch dargestellt** werde, würden auch diejenigen, die mit dem Youngplan nicht zufrieden sein können, gewiß nichts einwenden, die Vorzüge dieses Young-Planes mehr herausstreichen, als sie es sonst tun würden. Zu dem Vorwurf, der der Stellung der Beamten beim Volksbegehren betrifft, erklärte der Ministerpräsident, daß er an seiner Stellung nicht das geringste ändern könne. Jeder Beamte müsse wissen, daß die Reichsregierung sich mit den Reparationsgläubigern über den Young-Plan verständigt habe und berechtigt sei, diesen als das kleinere Uebel gegen den Dawes-Plan abzuschließen. Mit Recht ist daher den Vertretern des Reiches für das im Haag Erreichte der Dank des Reichspräsidenten ausgesprochen worden.

Das Volksbegehren dagegen will die Minister, die den Youngplan zustimmen, ins Zuchthaus bringen. Ein **Beamter,** der sich an so etwas beteiligt, begeht damit selbstverständlich einen Verstoß gegen seine Pflichten. Der Ministerpräsident spricht zum Schluß nochmals die Erwartung aus, daß jeder Staatsbeamter im vollen Bewußtsein seiner Pflicht, die er auch außerdienstlich dem Staate gegenüber hat, sich darüber klar sein wird, daß ein Eintreten für das Volksbegehren mit seinen Beamtenpflichten nicht vereinbar ist.

Innenminister Grzesinski

erklärt sich dann zu dem Antrag, der die **Aufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland und Westfalen** verlangt. Das Manöver des westdeutschen Stahlhelms sei kein Sportspiel, sondern eine ausgesprochene militärische Uebung gewesen. Die Stahlhelmführer hätten gewußt und gewollt. Ein solches militärisches Treiben könne sich kein Staat gefallen lassen. Das Stahlhelmverbot bleibe bestehen. Wir werden, so erklärt der Minister weiter, **mit allen Mitteln jeden Versuch verhindern, die verbotene Organisation unter einem anderen Namen wieder aufleben zu lassen.**

Bei diesen Ausführungen des Ministers werden hinter dem Rednerpult von Beamten zwei große Holzkisten gezeigt, auf denen Schlagringe, Pistolen, Dolche und andere Waffen befestigt sind. Es soll dadurch der Bewaffnung des Hauses dokumentiert werden, daß sie mit derartigen Waffen stehe. Die Rechte beantwortet diese Demonstration mit Huhu-Rufen, lautem Gelächter und Lärm. Vizepräsident **v. Kries** unterbricht darauf die

„Das Gebot der Stunde."

von Kardorff über das Volksbegehren. — Arbeitsgemeinschaft zur Finanz- und Reichsreform.

Aus **Berlin** wird uns gedrahtet: Der Führer der Deutschen Volkspartei, **von Kardorff,** äußert sich in der „Berliner Börsenzeitung" mit einem „Das Gebot der Stunde" überschriebenen Aufsatz über die **innerpolitische Lage,** insbesondere über die **Folgen des Volksbegehrens** und über die **Aufgaben seiner Partei.**

Das **Volksbegehren** wird, so sagt von Kardorff, das deutsche Bürgertum in **annähernd zwei gleiche Hälften zerreißen** in dem Augenblick, in dem das Land ein Interesse daran hätte, **bei den kommenden Verhandlungen im Haag von einem deutschen Außenminister vertreten zu sein, der von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen ist.** Wenn aber die Regierung ihrerseits glaubt, durch Rundfunkreden und vor allem durch das **Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen** die Abwehrfront gegen das Volksbegehren zu stärken, so befindet sie sich in einem schweren Irrtum. Die meisten Stahlhelmmitglieder, die Mitglieder der Deutschen Volkspartei waren, sind aus ihr ausgetreten. War aber das Verbot an sich schon ein verhängnisvoller Fehler, so wurde dies noch dadurch verschlimmert, daß **die Regierung sich bei ihrem Verbot auf das Gesetz zur Durchführung der Artikel 177-78 des Versailler Vertrages vom 22. März 1921 berufen hat.** Dieses Gesetz ist damals unter dem Druck unserer Feinde vom deutschen Reichstag angenommen worden. Es war nahezu in Vergessenheit geraten. Der Regierung gebührt das zweifelhafte Verdienst, es wieder ans Tageslicht gezogen und unsere Feinde sowohl auf das Bestehen dieses Gesetzes wie auch darauf hingewiesen zu haben, daß anscheinend Verstöße gegen dieses Gesetz in Rheinland und Westfalen vorgekommen sind. Daß die Lage der **deutschen Reichsregierung im Haag durch dieses Verbot nicht erleichtert worden ist,** kann niemand bestreiten. Diese Maßregel der Regierung scheint ein Angstgebot zu sein.

Nach seinem Dafürhalten sei **die Voraussetzung für die Annahme des Youngplanes eine durchgreifende Reform der gesamten Finanzgebarung und eine Reichsreform zugleich.** Die bürgerlichen Parteien, die gewillt sind, den Youngplan anzunehmen, müssen sich darüber im Klaren sein, daß sie die Annahme des Youngplanes nur dann verantworten können, wenn sie ihrerseits bereit sind, die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen. Daß dies zugleich eine durchgreifende Reichsreform bedingt, versteht sich von selbst. **Die Pflicht und die Aufgabe der Deutschen Volkspartei wird es sein, die bürgerlichen Parteien, die gewillt sind, positive Arbeit in diesem Sinne zu leisten, zu einer festen und engen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag zusammenzuschließen.** Die Gegensätze zwischen den maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen dürfen kein unüberwindliches Hindernis für eine positive Zusammenarbeit mehr bilden.

Die bürgerlichen Parteien sind einig darin, daß Landwirtschaft und Industrie durch Zölle geschützt werden müssen. Die bürgerlichen Parteien sind einig in der Notwendigkeit einer durchgreifenden Reichsreform. Sie sind auch einig darin, daß **die Stellung des Reichspräsidenten nicht de lege, aber de facto gestärkt werden müsse,** d. h., daß es im Interesse der Autorität der Regierung und ihrer Stabilität liegt, wenn die Regierung nicht durch die Parteien, sondern durch den vom Reichspräsidenten mit der Bildung des Kabinetts beauftragten Reichskanzler nach rein sachlichen Gesichtspunkten gebildet wird. **Die bürgerlichen Parteien sind sich darin einig, daß eine Reform der Finanzgebarung mit dem Ziel einer Ausgabensenkung und einer Steuersenkung eine absolute und unbedingte Notwendigkeit ist.** Die Deutsche Volkspartei sieht es als ihre Pflicht an, die bessernde Hand an die Reichsverfassung und an die Finanzgebarung zu legen.

An mittleren Streitpunkten zwischen den Parteien stehen nur noch die **Fragen der Staatsform und der Flaggenfarbe.** Die Frage der Staatsform, so heißt es zum Schluß, könne als erledigt angesehen werden, auch der Kampf um die Farbenfrage habe an Schärfe verloren und würde noch sehr viel mehr an Schärfe verloren haben, wenn nicht kurzsichtige Regierungen vielfach bemüht und bestrebt gewesen wären, die Reichsfahne für ihre Gegner zum Geßlerhut und zum kaudinischen Joch zu machen. Auch hier sollte eine Verständigung auf der Grundlage möglich sein, daß man die Farben der Gegenwart wie der Vergangenheit in gleicher Weise ehrlich

---

Nach etwa zehn Minuten setzt Innenminister Grzesinski seine Rede fort und erklärt: Das Gelächter, mit dem Sie, meine Herren von der Rechten, die gefährlichen Waffen angesehen haben, hat mich erschüttert.

Bei diesen Worten kommt es zu neuen Lärmszenen, an denen sich auch die Kommunisten beteiligen.

Minister Grzesinski erklärt, die Waffen seien in nationalsozialistischen Versammlungen beschlagnahmt worden. Sie seien gegen politische Gegner und gegen seine Schutzpolizisten angewendet worden. (Großes Gelächter rechts.)

Die Fraktionsredner.

Abg. **Leinert** (Soz.) erklärt, die sozialdemokratische Fraktion stelle sich restlos hinter die Regierung. Organisationen, die planmäßig ihre Mitglieder zum Kampf gegen Volk und Staat erziehen, dürften nicht länger geschützt werden.

Abg. **Siemer** (dn.) meint, der Minister habe wohl durch ein Versehen seines Büros heute nicht das Verbot des Stahlhelms begründet, sondern ein vielleicht noch bevorstehendes Verbot der Nationalsozialistischen Partei.

Abg. **Kube** (Nat.-Soz.) beantragt die Herbeirufung des Ministerpräsidenten Braun, der sich inzwischen entfernt hatte. Der Antrag, für den neben den Deutschnationalen und den Kommunisten auch die Deutsche Volkspartei stimmt, wird unter Beifallskundgebungen der Antragsteller angenommen.

Oppositionsanträge im Preußischen Landtag.

Nur dreitägige Verhandlungen, dann Vertagung.

Der preußische Landtag wird nach den Beschlüssen des Aeltestenrates nur drei Tage verhandeln und sich dann vertagen. In der Mitte der nächsten Woche wird er noch einmal zusammentreten, um über einen von den Deutschnationalen eingebrachten **Mißtrauensantrag** gegen das preußische Staatsministerium abzustimmen. Dann wird der Landtag bis zum 26. November, also bis nach den Kommunalwahlen, seine Arbeiten unterbrechen.

Die **Anträge der Opposition** werden am Mittwoch und Donnerstag erörtert werden. In dem von den Deutschnationalen eingebrachten **Mißtrauensantrag** heißt es:

„In schroffer Verletzung des Grundsatzes der Reichsverfassung, daß „die Staatsgewalt vom Volke ausgeht", hat der preußische Minister des Innern den Versuch unternommen, einem Teil der auf dem legalen Boden des Art. 73 der Reichsverfassung im „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" zusammengeschlossenen Parteien und Verbände — nämlich dem Stahlhelm in Rheinland und Westfalen — die verfassungsmäßig gewährleistete Arbeit für das ordnungsmäßig eingereichte deutsche Freiheitsgesetz durch sein Verbot unmöglich zu machen. Die Stützung des Verbots auf das Versailler „Entwaffnungs-Gesetz" ist gegenstandslos, da erwiesen ist, daß die genannte Stahlhelmgruppe keinerlei militärische Uebungen, sondern nur vorunive Veranstaltungen in der gleichen Form wie das Reichsbanner abgehalten hat. Der Freistaat Preußen hat keine über den Parteien stehende objektive Staatsregierung, sondern ist einer jeglicher großzügigen Führereigenschaft entbehrenden Parteiregierung ausgeliefert zum Schaden von Land und Volk und zur weiteren Schädigung unseres Ansehens im weiten Auslande. Der Landtag wolle daher beschließen: Der Landtag entzieht dem Staatsministerium das Vertrauen."

Weitere Anträge der Deutschnationalen Volkspartei fordern, daß **das Verbot des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in Westfalen aufgehoben** und daß beim Reichsinnenministerium eine **Verlängerung der Eintragungsfrist für das Volksbegehren** infolge der offensichtlich ungesetzlichen Störung beantragt werde. Ferner wird verlangt, daß das Staatsministerium sofort eine eindeutige Erklärung darüber abgeben solle, daß es **das verfassungsmäßige Recht jedes Beamten, beim Volksbegehren als Staatsbürger seiner Ueberzeugung gemäß zu handeln, nachdrücklichst gegen jede Beeinträchtigung schützen wird** und daß es beim Mißbrauch der Amtsstellung disziplinarisch vorgehen wird.

Sodann wird das Staatsministerium ersucht, für den Fall einer Verbandlung im Reichsrat **gegen die Annahme des Youngplanes zu stimmen.** In der Sklarek-Sache soll das Staatsministerium den Oberbürgermeister von Berlin auf dem Dienstaufsichtswege zur unverzüglichen Rückkehr nach Deutschland veranlassen.

Nach diesen Anträgen der Opposition ist damit zu rechnen, daß es in der kurzen Tagung des Landtags zu recht lebhaften und stürmischen Auseinandersetzungen kommen dürfte.

Der Aufstand in China.

Erfolg der Nanking-Truppen. — General Feng gefangen.

Aus **Schanghai** wird gemeldet: In der Erhebung der Generäle der Kuomintschang gegen die Nankingregierung ist eine überraschende Wendung eingetreten. Der Gouverneur der Provinz Schansi, Yen-Hsi-Schan, der sich offen gegen die Erhebung der Generäle der Kuomintschan ausgesprochen haben, da nach seiner Meinung die neue Revolte nur dazu angetan sei, den Frieden in China zu stören und das Demobilisierungsprogramm der Zentralregierung undurchführbar zu machen. Weiter soll sich Yen-Hsi-Schan zur strengen Befolgung und Anerkennung der Nankingbehörde bereit erklärt haben und gewillt sein, die Zentralregierung bei der Unterdrückung des neuen Aufstandes tatkräftig zu unterstützen. Die Folgen des Vorgehens Yen-Hsi-Schan lassen sich zur Zeit in ihrer vollen Tragweite noch nicht übersehen. Es scheint aber, als ob es der Nankingregierung gelingen dürfte, ohne größere militärische Operationen mit den aufständischen Generälen zu einem Kompromiß zu gelangen.

Der Vertreter des Generals Fengyusiang soll Gefangener in der Residenzstadt Schansi sein, wo er als Gast Yen-Hsi-Schans gehalten wird, nachdem er von dessen Truppen eingeschlossen worden sei.

Die Seeabrüstungskonferenz.

Annahme der englischen Einladung.

Sowohl der italienische als auch der japanische Botschafter in London haben dem Außenminister Henderson mitgeteilt, daß ihre Regierungen die englische Einladung zur Abrüstungskonferenz annehmen. Da auch der französische Ministerrat die Annahme der Einladung beschlossen hat, ist die Konferenz gesichert.

Die japanische Zusage stellt nach dem Bericht des diplomatischen Korrespondenten der „Times“ eine bedingungslose Annahme der britischen Einladung dar, doch wird der Wunsch Japans nach einer positiven Verminderung der einzelnen Flotten betont.

Sieg der Arbeiterpartei in Australien.

Nach Meldungen aus Australien haben die dortigen Generalwahlen einen überraschenden Sieg der Arbeiterpartei gezeitigt. Schon jetzt ist dieser Partei die absolute Mehrheit über alle anderen Parteien sicher. Mit dem Rücktritt der Regierung Bruce wird stündlich gerechnet. Die Leitung der Regierung dürfte auf den Führer der Arbeiterpartei, James Henri Scullin, übergehen. Scullin, der jetzt 53 Jahre alt ist, hat seine Laufbahn als Tagesschriftsteller begonnen und trat als solcher im Jahre 1903 in das australische Parlament ein. Vier Mitglieder der bisherigen Regierung sind in ihren Wahlkreisen geschlagen worden. Bisher liegen folgende Ergebnisse vor: 46 Arbeiterparteiler, 14 Nationalisten, 9 Landparteiler, 3 unabhängige Nationalisten, 2 Unabhängige.

---

600 000 RM. Entschädigung für den „Krassin“.

In dem Streit zwischen der Sowjetregierung und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft über die Entschädigungszahlung an den Eisbrecher „Krassin“ für Hilfeleistung bei der Havarie der „Monte Servantes“ in Spitzbergen hat jetzt das Internationale Schiedsgericht entschieden, daß die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft 600 000 RM. zahlen soll. Die Sowjetregierung hatte 1,5 Millionen RM. gefordert.

Die Arbeitsexperimente in Rußland.

Einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion zufolge werden in sämtlichen amtlichen Ausgaben die ersten günstigen Ergebnisse der Umstellung der Betriebe auf die ununterbrochene Arbeitswoche festgestellt. Danach ist die Produktion erheblich gestiegen, während die Gestehungskosten sanken. Die Arbeitsproduktivität hat sich erhöht und die Arbeiterschaft vermehrt. Im laufenden Jahr wird die ununterbrochene Arbeitswoche in der gesamten Kohlen-, Naphtha- und Forstindustrie sowie in der Landmaschinenbau-, Baustoff- und Farbenindustrie eingeführt.

Balkanfahrt des „Graf Zeppelin“.

Am Dienstag um 20,26 Uhr gestartet.

Der Start des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ am Dienstag um 20,26 Uhr zur Balkanfahrt gestaltete sich zu einem außergewöhnlichen Schauspiel, angesichts des dichten Bodennebels, der schon den ganzen Tag über dem Bodenseegebiet gelagert und sich gegen Abend noch verstärkt hatte. Die Nebelschwaden, die durch das zur Abfahrt geöffnete Osttor in das Halleninnere eindrangen, waren so dicht, daß man kaum von einem Ende zum anderen Ende der Halle sehen konnte. Auf dem Gelände gestattete der Nebel über eine Strecke von 10 Metern keine Sicht. Zur Unterstützung der Aufstiegsmanöver waren am Osttor der Halle Scheinwerfer postiert. Der Aufstieg ging glatt vonstatten. Das Luftschiff verschwand bereits in wenigen Metern Höhe im Nebel. An der Fahrt, die etwa 2½ Tage dauern wird, nehmen 20 Fahrgäste teil. Ueber die Hälfte davon sind Schweizer.

Das Luftschiff hat die bayerische Hauptstadt bei mondheller Nacht um 22,25 Uhr erreicht, kreuzte über dem Marienplatz und flog mit östlichem Kurs weiter. Um 23,30 Uhr wurde die Ortschaft Ostermiething an der österreichisch-bayerischen Grenze, von Tittmoning in Bayern kommend, überflogen. Um Mitternacht passierte das Luftschiff die Gegend von Pramet und Pottigham unweit Ried und nahm Kurs gegen den Hausrückwald.

Neue Enthüllungen im Sklarek-Skandal.

1½ Millionen RM. verschoben. — Schädigung einer württembergischen Schuhfabrik.

Die Gebrüder Sklarek standen auch in Verbindung mit der Tuttlinger Schuhfabrik R. Reichle, die einen Buchverlust von über 100 000 RM. erleidet, der sich aber durch Versicherung auf etwa 50 000 RM. ermäßigt. Die Sklareks haben, wie erst jetzt festgestellt wird, diese Geschäftsverbindung zu großen Betrügereien benutzt. Nach dem Sklarekschen Kassenbuch sollen in der Zeit vom 2. bis 19. September d. J. 1½ Millionen RM. an die Tuttlinger Schuhfabrik gezahlt worden sein. Von diesem Betrage ist jedoch in Tuttlingen nicht ein Pfennig eingegangen. Dieser verbuchte Betrag übersteigt den Umsatz der Fabrik mit den Gebrüdern Sklarek um ein Vielfaches, da der Umsatz nur etwa 250 000 erreichte. Das gleiche Betrugsmanöver ist auch mit anderen Firmen gemacht worden. Die Berliner Kriminalpolizei ist nun dabei, aufzuklären, wohin die Gebrüder Sklarek die 1½ Millionen verschoben haben und wie hoch der Betrag ist, von dem sie später in Ruhe zehren wollen.

Auch Stadtbankdirektor Schmitt erklärt.

Der Stadtrat a. D. und geschäftsführende Direktor der Berliner Stadtbank Franz Schmitt hat ebenso wie Direktor Hofmann dem Untersuchungskommissar einen umfangreichen Schriftsatz überreicht. Schmitt behauptet, daß bereits vor einiger Zeit erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Sklarekschen Forderungen aufgetaucht wären, worauf der Kreditkontrollausschuß einen aus drei Personen, dem Stadtverordneten Moritz Rosenthal, dem Stadrat a. D. und Bankrat Wilhelm Bunge und dem Kaufmann Josef Mühlmann, bestehenden Unterausschuß entsandt hätte, dessen Aufgabe es gewesen sein soll, die Sklarekschen Geschäfte zu kontrollieren. Der Unterausschuß hätte dann nach einiger Zeit berichtet, daß er die Untersuchung vorgenommen und alles in Ordnung befunden habe.

Bürgermeister Schneider ausgeschlossen.

Der Berliner Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei hat den Bürgermeister Schneider nach beendigter Prüfung neu beigebrachten Materials aus der Partei ausgeschlossen und ihn aufgefordert, sein Amt als Bürgermeister niederzulegen.

Die Reise Boeß' kostet Berlin 75 bis 80 000 RM.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat sich aufs neue mit der Amerikareise des Oberbürgermeisters Boeß und mit der Angelegenheit Sklarek befaßt. Von deutschnationaler Seite lag eine Interpellation vor, in der die Frage aufgeworfen wurde, ob der Besuch des Berliner Oberbürgermeisters in Neuyork, der so große Kosten verursache, nötig gewesen sei. Weiter wurde gefragt, ob die gleichzeitige Abwesenheit des Magistratsdirigenten und dreier Stadträte mit der jetzigen Geschäftslage Berlins vereinbar sei und aus welchem Fonds die Reisekosten bestritten werden.

Eine neue Rede Painlevees.

Gedächtnisschwäche des französischen Kriegsministers.

Der französische Kriegsminister **Painlevee** hielt in der Pariser Sorbonne eine Rede. Er erklärte, daß die in den nächsten Tagen einrückenden Rekruten zu dem Kontingent gehören, das als erstes nur ein Jahr lang dient. Die Reform stelle eine große wirtschaftliche und soziale Sache dar. Sie beweise außerdem den Friedenswillen Frankreichs, das niemals die Initiative zu einem Krieg ergriffen habe (?!). Wenn aber ein Angriff Frankreich zwingen sollte, zu mobilisieren, dann würde das neue französische Heer durch Zahl und Ausbildung ein mächtiges Offensiv-Werkzeug sein. Bei der gegenwärtigen europäischen Lage wäre ein entwaffnetes Frankreich nicht ein Beispiel, sondern eine Versuchung.

Zur Regentschaftswahl in Rumänien.

Die Unzufriedenheit der Königinwitwe Maria.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, erschien im „Universul“ eine Erklärung der Königinwitwe Maria, in der sie in sehr scharfen Worten ihre Unzufriedenheit über die Art der Durchführung der Regentenwahl ausdrückt und die Regierung beschuldigt, aus Sorge um die eigene Macht sich dem Eintritt der Königin in den Regentschaftsrat widersetzt zu haben.

Die politische Lage wird in Bukarester politischen Kreisen, wie folgt, geschildert: Obwohl eine Versöhnung der nationalzaranistischen Partei mit der Königinwitwe augenblicklich schwer möglich erscheint, sind doch diesbezügliche Schritte unternommen worden. Im Falle eines Scheiterns der Versöhnung dürfte aber eine neuerliche Präzisierung der Befugnisse der Königinwitwe durch die kompetenten Stellen schwer vermeidlich sein. Man glaubt vorerst, mit oder ohne Versöhnung, einen beruhigenden Bericht des Palastministers oder auch der Regierung erwarten zu können, womit die Angelegenheit zunächst erledigt wäre. Folgen parteipolitischer Art aber dürften aus diesem Zwischenfall auf die Dauer kaum zu vermeiden sein.

Der Reichspräsident zum Volksbegehren.

Ein Schreiben an den Reichskanzler.

Berlin. (WB.) Der Reichspräsident hat soeben dem Reichskanzler das nachstehende Schreiben zugehen lassen:

Berlin, 16. Oktober 1929.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Mit steigendem Befremden habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß in dem Kampfe um das Volksbegehren sowohl von dem Reichsausschuß als auch von den das Volksbegehren bekämpfenden Verbänden und Personen meine Person und meine mutmaßliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Young-Plans in die Agitation hineingezogen wird. Von der einen Seite wird behauptet, daß ich ein Freund des Volksbegehrens wäre und von der anderen Seite betont, daß ich mich für die Annahme des Young-Plans festgelegt hätte.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemandem die Ermächtigung erteile oder sonst einen Anlaß dazu gegeben hätte, meine persönliche Meinung zu diesem Problem bekannt zu geben. Ich habe im Gegenteil stets betont, daß **ich mir meine endgültige Stellungnahme zum Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalte, in dem diese hochbedeutsame Frage zur Erledigung reif ist** und nach Maßgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Regelung oder eine Aussetzung der Regelung verfassungsmäßig zustande gekommener Gesetzesbeschlüsse an mich herantritt, und hieran halte ich nach wie vor fest. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, hiervon Kenntnis zu nehmen und das Vorstehende den im Kampf um das Volksbegehren beteiligten Personen und Gruppen in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise zur Kenntnis zu geben. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener

gez. v. Hindenburg.“

Die Reichsregierung erklärt, daß die an der Agitation für und gegen das Volksbegehren beteiligten Gruppen vor allem „der Reichsausschuß für das Volksbegehren“ die Person des Reichspräsidenten, entsprechend seinem Wunsche, nunmehr dem Streit um die Gesetzesanträge für das deutsche Volksbegehren fernhalten.

Mordversuch eines Fürsorgezöglings.

Düsseldorf. (WB.) In Einbrungen verübte in der Nacht zum Dienstag der 15jährige Fürsorgezögling Salz im Graf-Recke-Stift einen Ueberfall auf ein 16jähriges Dienstmädchen. Nach einer Geburtstagsfeier versteckte er sich in dem Schlafzimmer zweier Dienstmädchen unter dem Bett und wartete bis die Mädchen eingeschlafen waren. Darauf stürzte er über eines der Mädchen her und brachte ihm mit einem Taschenmesser vier bis fünf Stiche bei. Auch das andere Mädchen, das zu Hilfe eilen wollte, warf er zu Boden. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen eilten Angestellte des Stiftes herbei, die den Zögling überwältigten. Dieser gab bei seiner Vernehmung an, daß er das Mädchen schon lange habe töten wollen, einen triftigen Grund konnte er allerdings nicht angeben. Die Ueberfallene wurde ins Krankenhaus gebracht. Ihre Verletzungen sind nicht lebensgefährlich.

Feierschichten in der Berliner Maschinenindustrie.

Berlin. (WB.) In der Großberliner Maschinenindustrie sind am Mittwoch Feierschichten eingelegt worden. Mit größeren Entlassungen rechnet man für Anfang November.

Zum Ausschluß Schneiders aus der Partei.

Berlin. Wie zu dem Ausschluß des Bürgermeisters Schneider aus der Sozialdemokratischen Partei im Zusammenhang mit dem Fall Sklarek mitgeteilt wird, hatte Schneider Dienstag vormittag auf die Nachricht hin, daß der Berliner Bezirksvorstand der Partei das ihn schwer belastende Material prüfen werde, seinen Austritt aus der Partei den zuständigen Stellen brieflich bekannt gegeben. Der Bezirksvorstand hat aber ungeachtet dieser Erklärung den Ausschluß Schneiders ausgesprochen und ihn außerdem aufgefordert, sein Amt als Bürgermeister des Bezirks Berlin-Mitte niederzulegen. **Bürgermeister Schneider erläßt nunmehr eine Erklärung, daß er nicht aus der Partei ausgeschlossen sei, sondern vorher seinen Austritt kundgegeben habe und daß die Partei ihn garnicht zur Niederlegung seines Amtes auffordern könnte.** Er lege nicht nur nicht sein Amt nieder, sondern habe seinen Urlaub abgebrochen und Mittwoch vormittag seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen.

Sohr der Knecht

ROMAN von ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(11. Fortsetzung.)

„Um Gotteswillen, Herr Kaden!“

„Ja, Sohr, ich kann nicht gegen mein Gefühl. Ich traue ihm nicht. Er ist mir zu servil und vollgefressen. Der Kerl hat, wie ich zufällig weiß, ein Bankkonto.“

„Das spricht doch für und nicht gegen ihn.“

„Hm — hundert Mark kriegt er Monatslohn, zwanzig verspielt er im Skat, dreißig braucht er für Alkohol, am Finkenschlagschen Essen scheint er nicht satt zu werden, denn er futtert nebenher in allen Kneipen rum, jeden zweiten Sonntag verbringt er in Berlin — mein Lieber, wo kommt da ein Bankkonto her. Ich bin doch nicht von Tripsdrille. Rechnen kann ich ziemlich genau. — Na, und das andere reim' ich mir eben zusammen.“

Beide schwiegen und gingen ihren Gedanken nach. Verloren blickten die Augen über die endlosen Felder, die sich zu beiden Seiten der Straße dehnten, meilenweit, bis sie sich fern am Horizont verloren. Korn wuchs da — Brot — und das war aus Sorgen, Mühen, Arbeit und Schweiß gewachsen und wollte in Wochen wiederum in Sorgen, Mühe, Arbeit und Schweiß geerntet werden. Es weckte Freude und Hoffnung in seiner reifenden Fülle und wogenden Pracht. Die zwei aber wußten, wie oft neben der Hoffnung die Enttäuschung stand und ein einziger Tag imstande war, Mühe und Arbeit eines ganzen Jahres zu zerschlagen. Den Tag nicht vor dem Abend loben ist die Erkenntnis des Weisen, die der Bauer zur seinen machen mußte seit Tausenden von Jahren schon und die ihm den Spott der vom Zufälligen weniger Abhängigen eingebracht hatte, auch schon seit Tausenden von Jahren. Die Zwei wußten auch, daß über dem wogenden Gold eine unsichtbare Wolke lag von Steuern und Lasten vielfacher Art. Die war ihnen bekannt in ihrer Schwere bis auf den Pfennig, das Erträgnis aber aus Gottes Segen und Menschenarbeit stand dem als ein Ungewisses und kaum Schätzbares gegenüber.

Fünfhundert Zentner Weizen hatte Sohr im vergangenen Jahre ausdreschen wollen und zweihundert nur waren es geworden. Gerste und Roggen hatten in demselben Verhältnis enttäuscht und wie es ihm ergangen war, war es mit mehr oder weniger Unterschied allen Bauern ergangen. Es war immer dasselbe. Was den einen traf, traf den anderen auch.

Va banque spielten sie alle, und da saß einer auf Finkenschlag der mogelte. Und bemogelte eine Frau.

Pfui Deiwel, so ein Strolch.

„Tante Aemely,“ rief Claus und winkte einer Dame zu, die an einer Wegbiegung stand.

Es war Kadens Frau, eine kleine zierliche Dame mit leichtergrautem Haar und einem feinen Aristokratengesicht. Die beiden Männer hatten sie nicht erkannt, so vertieft waren sie in ihre Gedanken.

Mit einem Ruck hielt Sohr an. Und Kaden machte vom Sitze aus bekannt.

„Ich darf wohl um Mitfahrt bitten,“ sagte sie und setzte sich zu Claus, der sie gleich zu umhalsen und zu küssen begann, denn Frau Aemely war auch eine von denen, die er „schrecklich“ gern hatte. — — —

Als es wieder ans Heimfahren gehen sollte, hatte es sich Claus nicht verwinden können, den Onkel zu bitten: „Zeig' uns doch die Fohlen, Onkel. Wir haben keine auf Finkenschlag und sie sind so niedlich.“

Fohlen? War das ein Wink des Himmels?

„Meinetwegen, Quälgeist,“ sagte Kaden und strich ihm über das blonde Haar. „Kommen Sie mit, Sohr, es lohnt sich.“

In einem Stall standen in zwei Boxen zwei Stuten mit ihren Kindern und in einer größeren Box zwei Halbjährige. Es waren Prachttiere und gepflegt waren sie wie Menschen. Kaden hatte recht: sie sich anzusehen, lohnte sich.

„Vollblüter,“ fragte Sohr.

„Die beiden — ja. Die anderen beiden sind Halbblut.“

„Verkäuflich?“

„Eins von jedem.“

„Hm. — — — Teuer?“

„Warum fragen Sie?“

„Interessiert mich. Ich hätte ein Lüstchen.“

Kaden lachte. „Für einen Vogelbauer sind die Biester zu groß.“

„Hinzelmann hat einen Stall an seinem Häuschen, der steht leer.“

„Und fressen wollen die Tiere auch.“

„Herrenloses Futter wächst an allen Feldwegen und Wegrainen. Und jede Woche hat einen Sonntag. Außerdem ist auch an Wochentagen um 8 Uhr Feierabend.“

Kaden stelzte auf der Stallgasse mit langen Schritten auf und ab. Plötzlich blieb er vor Sohr stehen.

„Wieviel haben Sie Geld?“

„Vorläufig ist das nicht der Rede wert.“

„Ihr Geschmack?“

„Der da.“

„Och,“ machte Claus, „der ist häßlich. Der hat so lange Beine wie Onkel.“

„Eben darum, mein Junge, er wird auch so schnell vorwärts kommen.“

„Sie verstehen den Kram,“ sagte Kaden.

„N' bißchen,“ erwiderte Sohr, dann gingen sie nach dem Hofe zurück.

Die Finkenschlager mußten heim.

Als sie aufgesessen waren, streckte ihnen Kaden die Hand hinauf. „Grüß deine Mutter,“ sagte er zu Claus und zu Sohr: „Das Fohlen können Sie Sonntag abholen, einen Zentner Hafer geb' ich für's erste mit.“

„Und der Preis?“

„Sohr wird sich nichts schenken lassen wollen, also wird er's durch Treue dreifach gutmachen müssen.“

„Herr Kaden!“

Der winkte ab. „Schluß! Abfahren! Gute Nacht.“ Und ging ins Haus.

Und wie fuhr Sohr nach Finkenschlag zurück? —

Schritt, behutsam, mit großen und nachdenklichen Augen und in stiller Feierlichkeit. Wie ein Mensch ins Glück fährt.

4.

Seit Sohr ein Pferd besaß, war Kriegszustand auf Finkenschlag. Es konnte ihm niemand diese Akquisition verzeihen, bis auf Clausimann, der sich freute, Hannjörg Hinzelmann, der strahlte und Mamsell Kerst, die leuchtende Augen hatte. Hofmeister Voigt aber, der einst große Versprechungen gemacht hatte, spuckte allen voran Gift und Galle. Parteilos hielt sich nur Frau Carla Kaden.

Ein Herr und hundert Pferde — Donnerwetter! Aber ein Knecht und e i n Pferd — Unverschämtheit! Darüber konnte man den Verstand verlieren.

„Sie neiden dir's,“ klagte Hinzelmann, als er mittags mit Sohr für ein Viertelstündchen unterm Nußbaum saß.

„Laß sie,“ tröstete Sohr, „das wußte ich. Was neiden sie nicht?“

„Das Unglück! Es ist eine schlechte Gesellschaft. Wenn einer höher will, sägen sie die Sprossen an.“

„Das ist überall so, Hannjörg.“

„So schlimm nicht wie hier. Auch die Steinauer sind helle Wut.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat

Spangenberg, den 17. Oktober 1929.

+ **Stromverbrauch bei der Wasserpumpe.** Von der Stadtverwaltung wird uns geschrieben: Um irrigen Gerüchten zu begegnen, sei darauf hingewiesen, daß der Elektromotor der Wasserversorgungsanlage bei dem Wäschebrunnen bei einer Stärke von 5 PS. und 3,7 KW. in 24 Stunden 90 kwh (Kilowattstunden) verbraucht. Der Motor wird normalerweise nur Nachts und zwar höchstens 12 Stunden lang betrieben, so daß nur ein Tagesverbrauch von 45 kwh. in Ansatz kommt. Bei einem Strompreise von 0,10 RM., wie ihn die Stadt bekanntlich an den Zweckverband zu zahlen hat, stellt sich die Tagesausgabe für Strom auf 4,50 RM. Die Ausgabe wird sich aller Voraussicht nach noch verringern, weil die Stadt anstrebt, vom Zweckverband einen Vorzugspreis eingeräumt zu erhalten. Der Motor arbeitet vorzüglich. Besonders günstig ist der Umstand, daß bei der Art der Anlage ein Stromverlust überhaupt nicht zu verzeichnen ist. Die Pumpanlage wird übrigens nur zur Ergänzung der Wassermengen, die die Hochdruckleitung liefert, betrieben. Der Verbrauch an Wasser aus dem Wäschebrunnen wird deshalb in der nächsten Zeit immer mehr abnehmen, bis er für eine ganze Reihe von Monaten ganz aufhört. Die jährliche Zahlung von 200 RM. an eine Nachbargemeinde fällt natürlich weg.

× **Versammlung.** Wir werden gebeten, auch an dieser Stelle noch einmal auf die morgen, Freitag abend im „Grünen Baum" stattfindende öffentliche Versammlung hinzuweisen. Dr. Roland Freisler-Kassel spricht über Youngplan und Volksbegehren. (Siehe Inserat).

§ **Kino.** Am Sonntag kommt wieder ein herrlicher Film zur Vorführung. „Der Fremdenlegionär", der in seiner ganzen Handlung das elende Leben in der Legion uns vor Augen führt, sollte Gemeingut aller Deutschen werden. Tausende von jungen Menschen werden jährlich auf raffinierte Weise ihrer Freiheit beraubt und der französischen Legion zugeführt, wo sie nur selten ihre Dienstzeit überstehen. All dieses führt uns dieser Film vor Augen und deshalb wünschen wir heute schon der Kinodirektion einen guten Erfolg.

△ **Kurh.-Wald.-Handwerkerbund.** Der Gesamtvorstand des Kurh.-wald.-Handwerkerbundes war am 10. Okt. ds. Js zu einer aus allen Kreisen gut beschickten Sitzung zusammengetreten, bei deren Eröffnung der 2. Vorsitzende, Schneiderobermeister Müller, Kassel, dem so plötzlich verstorbenen langjährigen 1. Vorsitzenden Bäckermeister Ludwig einen warmen ehrenden Nachruf widmete. Die Versammlung beauftragte Obermeister Müller mit der Leitung des Bundes bis zum nächsten Bundestag, der satzungsgemäß über die Nachfolge entscheiden muß. Zur Frage der Kommunalwahlen nahm der Bundesvorstand endgültig Stellung. Bezüglich der Gemeinde- und Kreistagswahlen beschloß er, den Kreisverbänden und Ortsgruppen freie Hand zu lassen. Hinsichtlich der Kommunallandtagswahlen wurde beschlossen, neben den vorhandenen Parteien nicht noch eine eigene Liste seitens des Bundes aufzustellen, vielmehr die Vertretung des Handwerks im Kommunallandtag durch die bestehenden Parteien zu sichern. Die übrigen Verhandlungspunkte waren internen Charakters.

— **Fahrgelderstattung für Arbeitsgerichtsbeisitzer.** Mit Rücksicht auf die Tarifänderung der Reichsbahn für die Personentarife vom 7. Oktober 1928 wurde § 4 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung über die Entschädigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden vom 24. Juni 1927 (Reichsgesetzbl. 1 S. 129) dahin abgeändert, daß in Zukunft die Fahrpreise der 2. Wagenklasse auf der Eisenbahn und der 1. Schiffsklasse sowie in gewissem Umfang auch die Zuschläge für die Benutzung von Eil- und Schnell- (D) Zügen erstattet werden sollen. Diese Abänderung ist im Reichsgesetzblatt Nr. 36 Teil 1 S. 149 verkündet und im Reichsarbeitsblatt Nr. 29 im amtlichen Teil abgedruckt.

— **Billigere Wohlfahrtsmarken!** Bei den neuen Wohlfahrtsmarken der Deutschen Nothilfe, die am 1. November dieses Jahres erscheinen, sind die Zuschläge erheblich herabgesetzt worden. Sie betragen bei der Fünfpfennigmarke 2 Pfennig, bei der Achtpfennigmarke 4 Pfennig und bei der Fünfzehnpfennigmarke 5 Pfennig.

Kassel. Unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten fand hier die **Herbstkonferenz der Landräte und der Polizeiverwalter des Regierungsbezirks** statt. Der Regierungspräsident gab die Richtlinien der Staatsregierung gegen das Volksbegehren zum Youngplan bekannt. Darin wird es als Aufgabe der Staatsbehörden bezeichnet, das Volksbegehren kraftvoll abzuwehren. Bei der Besprechung von Verwaltungsfragen wurden von fast allen Landräten Klagen über den schlechten Zustand vieler Durchgangsstraßen vorgebracht.

— Eine Deputation der führenden Messehändler hat dem Magistrat eine Eingabe überreicht, in der er ersucht wird, mit Rücksicht auf das ungenügende Herbstmessegeschäft das **Standgeld** von 31 bis 46 RM. für je einen Quadratmeter um mindestens 25 Prozent zu ermäßigen. Auf der Leipziger Messe, wo 30 Tage Verkaufsbetrieb sei, würden nicht höhere Preise verlangt, als für acht Tage Herbstmesse in Kassel. Die Eingabe wird noch die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen.

Harleshausen. Ein 24jähriger junger Mann aus Oberkaufungen kam hier bei einem Fußballspiel so unglücklich zu Fall, daß das **linke Handgelenk zersplittert** wurde. Der Verunglückte wurde in das Kasseler Marienkrankenhaus eingeliefert.

Vom Meißner. In den letzten Tagen setzte hier **Schneetreiben** ein. Nach einigen Stunden verschwand jedoch die leichte Schneedecke wieder.

Grebenstein. Ein in Udenhausen zu Besuch weilender ...jähriger Junge von hier kletterte dort auf einen Scheitholzhaufen. Dabei rutschte er aus und fiel so unglücklich, daß er sich **schwere Gesichtsverletzungen** zuzog. U. a. wurde ihm die Oberlippe von Wange zu Wange abgetrennt. Das schwerverletzte Kind wurde ins Landeskrankenhaus übergeführt.

Niebelsdorf. Beim Spielen auf der Straße lief der ...jährige Sohn eines hiesigen Schmiedemeisters in ein in voller Fahrt befindliches Auto, wurde **erfaßt und** ein Stück mitgeschleift. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und innere Verletzungen und wurde in bedenklichem Zustande nach Hephata übergeführt.

+ **Gilserberg.** Auf noch unaufgeklärte Weise brach in den Kellerräumen des Hauses des Kalkbrennereibesitzers Wetzel in Winterfeld **Feuer** aus. Das ganze Haus mit der gesamten Inneneinrichtung fiel den Flammen zum Opfer.

Hersfeld. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer letzten Sitzung, im früheren Fruchtmagazin eine **Jugendherberge** einzurichten. In Kürze soll bereits mit der Instandsetzung der Räume begonnen werden.

Waltersbrück. Die älteste Einwohnerin unseres Ortes, die Witwe Kath. Dresler geb. Ellermann, kann am Donnerstag, 17. Oktober, ihren 90. Geburtstag begehen.

Fulda. Ein hiesiges Auto war zum **Lullusfest** nach Hersfeld gefahren. Wie wir hören, soll es dort gestohlen worden sein. Der Autodieb — hoffentlich wollte er wirklich stehlen und nicht nur eine nächtliche Lustfahrt machen — rannte bei seiner eiligen Fahrt gegen einen Baum. Der Benzintank explodierte, das Auto brannte und wurde zerstört. Der unglückliche Dieb wurde wieder in schwer verletztem Zustand nach Hersfeld in das Krankenhaus zurückgebracht.

Guten Morgen,
Frau Schmeckefein!

Na — haben Sie denn nun „die gutbürgerliche Mischung" probiert?

⅓ Bohnenkaffee
mit ⅔ Kathreiner
selbst mischen —
das schmeckt fein!

Kassel. Die Meldung der Berliner „Welt am Montag", daß Regierungspräsident Dr. Friedensburg in Kassel zum Nachfolger des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Boeß ausersehen sei, wurde am Dienstag dementiert. Diese Nachfolgeschaft des Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg war damit in Zusammenhang gebracht worden, daß Dr. Friedensburg ebenso wie Oberbürgermeister Dr. Boeß Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei ist und als früherer Vizepolizeipräsident von Berlin dem Verwaltungsleben der Reichshauptstadt besonders nahe stand.

— In einem Kolonialwarengeschäft in der Martinstraße wurde in der Nacht ein **Einbruch** verübt. Den Dieben, die durch das Oberlichtfenster eines Nebenzimmers in den Ladenraum gelangten, fielen 150 RM., eine größere Anzahl Zigaretten und Gas- und Strommünzen in die Hände. Man ist den Tätern auf der Spur.

— **Der Kurhessische Viehhändlerverein** und der Provinzialverband der Viehhändler der Provinz Hessen-Nassau und Kreis Wetzlar (Bezirk Koblenz) beschlossen, den diesjährigen Bundestag der Viehhändler Deutschlands am 29. Dezember in Berlin im Bankettsaal des Hotels „Rheingold" abzuhalten.

— **Die Bezirks-Geflügelausstellung des Kasselers Geflügelzüchtervereins** in den Räumen des Kasseler Orangerie-Schlosses am 9. und 10. November weist bis jetzt bereits 527 Anmeldungen für Nutz- und Zuchtgeflügel auf. Eine besondere Abteilung ist dem Leistungsgeflügel zugewiesen worden, wo gezeigt werden soll, wie durch intensive Fütterung und sorgfältigste Pflege der höchste Eierertrag erzielt werden kann.

Treysa. In Verna wurde eine Frau auf dem Felde **von einer Kuh angegriffen.** Die Frau erlitt schwere Verletzungen und mußte in die Krankenanstalt Hephata gebracht werden. Nur mit Mühe konnte der in der Nähe weilende Sohn die wild gewordene Kuh von der Schwerverletzten abbringen.

Hersfeld. Hier fand der **Gautag des Gaues Hessen-Nassau-Darmstadt des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener** unter dem neuen Haushaltsvoranschlag zugestimmt worden dem neuen Haushaltsvortuschlag zugestimmt worden war, wurden eine Reihe Anträge angenommen, die die Versorgung und Fürsorge sowie den Ausbau der Organisation betrafen. Den Abschluß der Tagung bildete eine Versammlung, zu der auch die Vertreter verschiedener Fürsorgestellen erschienen waren. Vorsitzender Lehmann, Berlin, hielt ein Referat, in dem er die finanzielle Zwangslage des Reiches anerkannte, sich aber dagegen verwahrte, daß die den Kriegsopfern zugebilligten Rechte geschmälert werden. Hierauf wurde eine dementsprechende Entschließung angenommen.

Marburg. Als der 12jährige Sohn des Bahnbeamten Pausch mit seinem Fahrrad die Bahnhofstraße entlang fuhr und in eine Seitenstraße abbiegen wollte, geriet er in die Schienen der Straßenbahn und kam zu Fall. Im gleichen Augenblick wurde er von einem unmittelbar hinter ihm herkommenden Lastkraftwagen erfaßt und **zur Seite geschleudert,** wobei er außer sonstigen Verletzungen einen schweren Schädelbruch erlitt. Schon nach einer Stunde ist der Junge in der Klinik, wohin man ihn gebracht hatte, gestorben.

Dillich. Bei Gombeth wurden in der Völkerschen Kiesgrube **eiszeitliche Funde** gemacht, die von Professor Dr. Jacobshagen, Marburg, untersucht und als Teilstücke eines Mammut-Mahlzahnes festgestellt wurden. Um die Stücke vor dem weiteren Verfall zu schützen, wurden sie besonders imprägniert. Professor Jacobshagen will den diluvialen Fundstätten in Hessen nachgehen, um die dunkle Vorgeschichte der Zeit vor etwa 100 000 Jahren nach Möglichkeit aufzuklären.

Frankfurt. Zur Zeit werden die Vorbereitungen zur Ueberleitung der neuen Vorschriften betreffend den **Stufenstrafvollzug** getroffen. Insbesondere schweben Erwägungen darüber, in welcher Weise die Aufnahmeabteilung, in der die Gefangenen nach den verschiedenen Typen gesondert werden sollen, zu organisieren ist. Die Hauptarbeit in der Aufnahmeabteilung wird natürlich ein psychiatrisch geschulter Arzt zu leisten haben.

Evangelischer Bund.

Die 39. Jahresversammlung in Melsungen.

In der freundlich gelegenen alten Fuldastadt Melsungen fand vom 12. bis 14. Oktober die 39. Jahresversammlung des Evangelischen Bundes, die von zahlreichen Mitgliedern aus allen Teilen des Hessen- und Waldeckerlandes besucht war, statt. Nach einer längeren vorbereitenden Sitzung des Gesamtvorstandes am Sonnabend Nachmittag begann die Tagung am Sonntag Morgen mit einem feierlichen **Festgottesdienst** in der Stadtkirche, die kaum die Menge der Andächtigen zu fassen vermochte. Die Festpredigt hielt Oberkirchenrat D. **von Haller** aus Arolsen über Eph. 3, V. 14—21. Nach dem Festgottesdienst, der durch den Vortrag des Kirchenchors noch eine besondere Weihe erhielt, fand vor dem alten im neuen Kleide sich zeigenden Rathause eine öffentliche **evangelische Kundgebung** statt, bei der der Vorsitzende des Hauptvereins, Prof. **Hofmann-Kassel** packende Worte an die zahlreiche Versammlung richtete. Es sei die Eigenart des Ev. Bundes, jederzeit auf die sittlich-religiösen Kräfte im Leben der Völker hinzuweisen. Die Religion, der Glaube, sei die stärkste gemeinschaftsbildende Macht im Volke, der zur Tat führe. Ohne Opfer könne nichts erreicht werden. Die evangelische Kirche erwarte, daß jedermann seine Pflicht tue.

Um 15 Uhr fand sich in den festlich geschmückten Räumen des Gotteshauses eine große **evangelische Volksversammlung** ein, die durch den wuchtigen Gesang der Melsunger Männer- und Kirchenchöre der Beethovenschen Hymne „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre" geleitet von Lehrer Müller, feierlich eröffnet wurde. Universitätsprofessor D. **Niebergall** aus Marburg beantwortete die Frage: „Was bekennen wir?" Wir bekennen uns zu den Grundlagen des Christentums: Gott, Jesus Christus und Christenheit. Das Christenleben muß sich auswirken in Staat, Beruf und Familie. Oberpfarrer **Rappe-Wetter** bei Marburg sprach über die Frage: „Wogegen protestieren wir?" Wir protestieren gegen die Versuche, in das deutsche Kulturleben ein fremdes Element zu tragen. Die Waffe des Protestes sei das Wort der Wahrheit.

Am Abend fanden zwei **Festversammlungen** im Lutherhause und im Kronensaale statt, die gleichzeitig tagten. Im Saale des Lutherhauses sprach Professor **Hofmann** warme Begrüßungsworte. Nur Einigkeit und Geschlossenheit könne dem bedrängten Protestantismus die ihm gebührende Stellung im öffentlichen Leben geben. Die 400jährige Erinnerungsfeier in Marburg habe gezeigt, daß die Evangelischen des In- und Auslandes einig seien in dem Bewußtsein: Wir gehören zusammen! Die Grüße des Landeskirchenamts überbrachte der Präsident Dr. **Bahr** und die der Waldecker Kirchenbehörde Oberkirchenrat D. von **Haller.** Es hielten dann noch herzliche Begrüßungsansprachen Metropolitan D. **Dithmar,** der Vorsitzende des Landeskirchentags, Landrat **Schuster,** Bürgermeister Dr. **Schmidt** als Vertreter der Stadt Melsungen und Kreispfarrer **Hollstein** aus Breitenau. Die Brudervereine von Hessen-Darmstadt und Nassau hatten eine schriftliche Begrüßung gesandt. Der Bundesdirektor Dr. **Fahrenhorst** aus Berlin verband mit seiner Begrüßungsansprache die Aufgaben des Evang. Bundes. Dann hielt Pfarrer **Zeidler-Kassel** einen ergreifenden Vortrag über „Unseren Glauben an die Zukunft der evangelischen Kirche".

Am Montag fand im Saale des Bürgerhauses die **Abgeordneten- und Mitgliederversammlung** statt. Der Vorsitzende, Professor **Hofmann,** gedachte der Toten des letzten Jahres, des Metropolitans Krommes-Waldkappel und des um den Bund besonders verdienten Geheimen Justizrates Büff. Als Anerkennung für langjährige treue Mitarbeit erhielten die Lutherdenkmünze mehrere Mitglieder. Aus dem Jahresbericht des Schriftführers Oberpostinspektor Ackermann ging ein erfreuliches Wachsen des Bundes im Hauptvereinsgebiet hervor: 17 neue Vereine, rund 15 000 Mitglieder, darunter 1700 in Waldeck. Pfarrer Dr. **Breger** berichtete über den Stand der beiden Pflegegemeinden Eichwald in Böhmen und Rottenmann in Steiermark. Sie bedürfen sehr der Unterstützung. Inspektor **Boshagen** sprach über die Schwesternschaft des Evangelischen Bundes in Dessau.

Es wurden **Entschließungen** gefaßt:

„Im Rückblick auf die vierhundertjährige Gedenkfeier des Marburger Religionsgespräches begrüßt es der Hauptverein des Evangelischen Bundes für Kurhessen und Waldeck mit lebhafter Freude, daß bei dieser Gelegenheit der dem Protestantismus innewohnende Trieb zur Einigung trotz aller Mannigfaltigkeit der Auffassungen überwältigend in Erscheinung getreten ist, und er schöpft daraus die zuversichtliche Hoffnung, daß die augenblicklich im Gang befindlichen kirchlichen Einigungsbestrebungen in Hessen-Nassau und im Freistaat Hessen durch die Marburger Tagung eine wesentliche Förderung erfahren haben und nunmehr bald zu dem lange ersehnten Zusammenschluß führen werden."

„Im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen richten wir an die evangelische Bevölkerung die dringende Bitte, ihre Pflicht zu tun. Nur wenn das evangelische Volk aufwacht und sich seiner Verantwortung bewußt wird, kann unsere evangelische Kirche und der deutsche Protestantismus die ihm gebührende Stellung im öffentlichen Leben behaupten. Es gilt, in die kommunalen Körperschaften gut evangelische Persönlichkeiten hineinzuwählen, die bereit und fähig sind, auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, des Schulwesens, der Volksbildung, der Sonntagsheiligung, sowie der Seelsorge in den Krankenhäusern die evangelischen Interessen zu wahren. Darüber müssen wir uns klar sein: So wichtig die beruflichen und wirtschaftlichen Fragen auch sind — entscheidend für die Zukunft unseres Volkes ist die Wahrung christlich-evangelischen Geistes."

„Wir stellen fest, daß bei der kürzlich erfolgten Ordnung des Rechtsverhältnisses zwischen Staat und Kirche in dem zu zwei Dritteln evangelischen Preußen der evangelischen Kirche ihr Recht nicht zuteil geworden ist. Während man der römisch-katholischen Kirche ihre Rechte in einem Konkordat, d. h. in einem unkündbaren Vertrage, gesichert hat, ist die evangelische Forderung auf gleichzeitigen Abschluß eines Vertrages mit der evangelischen Kirche abgelehnt worden. Dadurch hat der konfessionelle Friede einen schweren Schaden erlitten. Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß die gegenwärtig aufgenommenen Verhandlungen zwischen der preußischen Staatsregierung und der evangelischen Kirche beschleunigt und zu einem für diese befriedigenden Ergebnis geführt werden. Das evangelische Volk aber fordern wir auf, dieser Frage seine größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich mit aller Entschiedenheit für die Rechte der evangelischen Kirche einzusetzen."

Im Anschluß an die Abgeordnetenversammlung hielt Bundesdirektor D. Fahrenhorst noch einen öffentlichen Vortrag: „Zur Frage der Gestaltung und Auswirkung eines deutsch-evangelischen Oeffentlichkeitswillens." Nur in besonderen Fällen sei eine besondere evangelische Liste zu empfehlen, sonst Einwirkung auf die bestehenden Parteien.

Wissenswert, Kunst und Leben.

Hugo Balzer wurde unter etwa 60 Bewerbern nach erfolgreichem Probedirigieren der Meistersinger und eines Sinfoniekonzertes zum Generalmusikdirektor der Stadt Freiburg gewählt.

Selma Lagerlöfs Roman „Gösta Berling" ist von dem italienischen Komponisten Zandonai vertont worden. Die Stockholmer Königliche Oper hat sich die Uraufführung dieser Oper gesichert.

In Pisa wurde in Gegenwart des italienischen Königs und der Vertreter der faszistischen Behörden die **Dante-Tagung** eröffnet. Wie die Festredner betonten, soll die Dante-Gesellschaft vor allem die italienische Sprache und Kultur im In- und Ausland verteidigen. Hervorgehoben wurde als einer der wesentlichsten Programmpunkte der Kampf zur Erhaltung des Italienertums auf Malta. Zum Schluß legte der Minister für nationale Erziehung die ideelle Bedeutung der antiken und modernen italienischen Kunst dar.

Magerkeit und Fettsucht.

Magerkeit und Fettsucht ist einer der Verhandlungspunkte, die auf der Tagesordnung der 9. Versammlung der Gesellschaft für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten in Berlin vom 16. bis 18. Oktober d. Js. stehen. Es handelt sich insbesondere um sogenannte endogene Magerkeit oder Fettsucht, d. h. um Abweichungen von der normalen Körperverfassung, die nicht lediglich durch die Ernährungsart bedingt sind, die also besonders innere Ursachen haben. Für weite Kreise ist diese Feststellung deswegen von Wichtigkeit, weil sie darauf hinweist, daß Magerkeit oder Fettsucht sehr oft nicht ohne weiteres durch laienhafte, womöglich nur auf volkstümliche Zeitungsaufsätze gestützte Aenderungen der Ernährungsweise behoben werden können. Mastkur oder Rohkost oder wie sonst die volkstümlichen Ernährungsweisen benannt sein mögen, können hier ohne vorgängige wissenschaftliche Feststellung der Ursachen des abnormen Zustandes und namentlich ohne ärztliche Anordnung und Ueberwachung lediglich Unheil anrichten. Daß die weite Oeffentlichkeit durch die diesjährigen Verhandlungen der Gesellschaft für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten auch auf diese Seite der verschiedenen volkstümlichen und meist von ärztlichen Laien befürworteten Ernährungslehren hingewiesen wird, darin besteht die besondere Bedeutung dieser Tagung über die ärztlichen Fachkreise hinaus.

Ramschverkäufe.

Die anormale Witterung dieses Jahres hat auch zu einer Krise in der deutschen Konfektion geführt, da die Konfektionäre zum großen Teil auf ihren Herbstartikeln sitzen geblieben sind. Es würde nun im Interesse aller Beteiligten, sowohl der Konfektion wie des Einzelhandels, liegen, daß dieser kritische Zeitpunkt bald überwunden wird. Leider aber haben eine Reihe von Einzelhändlern, die infolge der Zwangslage der Konfektion zu einem billigen Einkauf gekommen sind, die Gelegenheit benutzt, um Schleuderverkäufe in Szene zu setzen. So erschien anfangs Oktober in einem rheinischen Blatt eine Anzeige, in der billige Damenkonfektion angeboten wurde, und zwar Mäntel von 6.90 RM. an, Kleider von 3.90, Wollmäntel mit Pelzkragen von 49.90 RM., Damenmäntel mit echtem Pelz von 13.50 RM. und anderes mehr. In dieser Anzeige wurde u. a. betont, daß die Preise auf billigen Einkäufen die durch die in Berlin herrschenden Konfektionskrise möglich gewesen seien, beruhten. Mit Recht hat der Verband deutscher Damen- und Mädchenmäntel-Fabrikanten, Berlin, dagegen protestiert und der Firma u. a. folgendes geschrieben: „Wir können Sie naturgemäß nicht daran hindern, Ihre Verkaufspreise nach eigenem Ermessen zu bestimmen, obschon wir der Meinung sind, daß diese Erschütterung des Preisdurchschnitts in der jetzigen Zeit, in dem das reguläre Geschäft im Einzelhandel erst beginnen soll, eine Geschäftsmethode ist, die sich gegen den gesamten Einzelhandel und gegen unsere eigene Industrie richtet und die auch von Ihnen nicht verantwortet werden kann. Dagegen protestieren wir auf das allerschärfste gegen Ihre Behauptung daß in der Berliner Fabrikation eine Krisenstimmung herrscht."

Man kann dem Verband nur recht geben, denn durch solche Schleuderverkäufe werden nicht nur die Konfektionäre, sondern auch die übrigen Detaillisten aufs schwerste geschädigt. Auch ihre Waren werden, wenn die Konkurrenz mit solchen Mitteln arbeitet, entwertet. Wenn auch jeder Einzelhandelsfirma das Recht möglichst billigen Einkaufs zugestanden werden muß, so sollte man doch nicht mit solchen Reklamemethoden arbeiten, die gegenwärtige Krise nicht nur in schwärzerem Licht darzustellen, sondern auch noch zu verschärfen.

Volkswirtschaft, Handel und Verkehr.

Berlin, 16. Oktober. **Börsenbericht.** Schiffahrtsaktien langen etwas fester. Spritwerte und Farbenaktien fanden trotz niedrigerer Kurse etwas mehr Beachtung. Eine Reihe von Werten hatte über den Durchschnitt von 1 bis 2 Prozent hinaus Verluste bis 4 Prozent aufzuweisen. Bemberg und Glanzstoff, Polyphon und Siemens eröffneten sogar 5 bis 7 Prozent niedriger. Im Verlaufe gaben die Kurse weiter ziemlich allgemein um 1 bis 2 Prozent nach. Geldmarkt unverändert.

Berlin, 16. Oktober. Am heutigen **Getreidemarkt** wurden bezahlt für 1000 Kilo Weizen 232—233, Tendenz ruhig, Roggen 174—178, Tendenz matt, Futter- und Industriegerste 196—216, Wintergerste 172—188, Tendenz ruhig, Hafer 170—180, Tendenz ruhig.

Berlin, 16. Oktober. Amtliche Schlußnotierungen der **Berliner Börse**: Holland 100 Gulden 168,76, Schweiz 100 Franken 81,10,5, England 1 Pfund 20,19, Frankreich 100 Franken 16,49, Frankreich 100 Lire 21,95,5, Amerika 1 Dollar 4,19,15.

Kassel, 16. Oktober. **Zuchtschweinemarkt.** Auf dem heute mittag auf dem Kasseler Viehhof abgehaltenen Zuchtschweinemarkt waren 846 (am 2. Oktober 1275) Ferkel und 40 (am 2. Oktober ebenfalls 40) Läuferschweine, insgesamt 866 (1315) Stück, aufgetrieben. Es entwickelte sich bei sehr zahlreichem Besuch ein sehr flotter Handel, sodaß der gesamte Auftrieb geräumt werden konnte. Es wurden folgende Preise notiert: Für Ferkel bis zu 6 Wochen 24—36 (am 2. Oktober 22—34) RM., von 6 bis 8 Wochen 36—54 (34—50) RM., von 8 bis 13 Wochen 54—64 (50—62) RM., für Läuferschweine von 3 bis 4 Monaten 64—72 (62—72) RM., von 4 bis 5 und mehr 86 RM. und darüber, 64 RM. und darüber, alles für das Stück. Marktverlauf: Sehr flott, alles geräumt.

Mühle Rüningen A.-G. in Rüningen. In der am Dienstag Mittag in Braunschweig abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1928/29 einstimmig genehmigt und die Dividende wieder auf 10 Prozent für 3,25 Mill. RM. Aktien festgesetzt (1 Mill. RM. Aktien befinden sich noch im Besitz der Gesellschaft).

Gewinnsteigerung bei MAN. In dem am 30. Juni beendeten Berichtsjahr 1928-29 erzielte die Gesellschaft eine Gewinnsteigerung gegenüber dem Vorjahr (ohne Vortrag) von annähernd 14 Prozent. Die Gesellschaft ist daher in der Lage, die beantragte Dividende von 6 Prozent zum ersten Male wieder vollständig aus neuem Verdienst zu zahlen.

General Motors gründet Radiogesellschaft. Die General Motors Co. gibt nach Neuyorker Meldungen die Bildung einer neuen Radiogesellschaft bekannt, die mit der Radiocorporation sowie mit der General Electric Co. und einer führenden großen Elektrizitätsgesellschaft in Verbindung stehen wird. Die neue Gesellschaft wird ein Kapital von 10 Mill. Dollar besitzen.

Bremen, 15. Oktober. **Baumwollmarkt.** Baumwolle 20,62 Dollarents nominell.

Aus der deutschen Textilwirtschaft. Das Statistische Reichsamt hat soeben seine Erhebungen über die gewerblichen Mittel- und Großbetriebe im Jahre 1928 nach der Statistik der Aufsichtsbehörden veröffentlicht, und es ist interessant, an Hand dieser Zahlen die Entwicklung des weitaus stärksten deutschen Betriebszweiges, der Textilindustrie und des Bekleidungsgewerbes, zu verfolgen. Um über die drei letzten Jahre ein Bild zu gewinnen, wurden in unserer Darstellung frühere Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes mit herangezogen. Es zeigt sich dann, daß Deutschlands Textilwirtschaft sowohl hinsichtlich der Zahl der vorhandenen Betriebe wie der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in den letzten Jahren stets an der Spitze marschiert ist. Im Jahre 1928 gab es in ganz Deutschland 12 680 Betriebe der Textilindustrie mit 1 180 859 Arbeitnehmern; dazu waren im Bekleidungsgewerbe (das vom Statistischen Reichsamt getrennt von der Textilindustrie behandelt wird) 21 141 Betriebe mit 537 005 Arbeitnehmern vorhanden. Insgesamt weist also Deutschlands Textilwirtschaft 33 821 Betriebe mit 1 667 864 Arbeitnehmern auf. Erst in weitem Abstand folgt dahinter die Maschinen-, Fahrzeug- und Apparateindustrie mit 13 394 Betrieben und 1 112 187 Arbeitnehmern das Baugewerbe mit 32 964 Betrieben und 885 276 Arbeitnehmern, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 26 844 Betrieben und 775 844 Arbeitern, der Bergbau mit 1376 Betrieben und 689 777 Arbeitern, die Industrie der Steine und Erden mit 16 190 Betrieben und 655 992 Arbeitern und die Eisen, Stahl und Metall verarbeitende Industrie mit 19 995 Betrieben und 652 117 Arbeitern. Allerdings werden durch diese Statistik nur die Mittel- und Großbetriebe mit 5 und mehr Arbeitnehmern erfaßt, aber auch das Hinzurechnen der Kleinbetriebe wird das Bild nicht wesentlich verändern

Dr. Freisler-Kassel spricht in außerparteipolitischer öffentlicher Versammlung über Youngplan u. Volksbegehren

Freitag abend

Deutsche Volksgenossen, Deutsche Väter, Deutsche Mütter. kämpft mit uns gegen diesen Schandvertrag der Deutschland zu einer Sklavenkolonie der internationalen Hochfinanz macht. Denkt an Eure Kinder und Kindeskinder, sowie an das Schicksal von Volk und Vaterland. Deshalb: Erscheint in Massen!

Juden keinen Zutritt! **Freie Aussprache!**

Deutschland erwache!

Eintritt 20 Pfennig **Freie Aussprache!**

8½ Uhr im großen Saale des „Grünen Baum"

National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, Ortsgruppe Spangenberg

Statt Karten

Olga Seyb

Pfarrer Dr. phil. *Ludwig Bachmann*

Verlobte

Elm, Bez. Kassel *Spangenberg*

17. Oktober 1929

Billiges Geflügelfutter . . .

. . . steigende Eierpreise. Geflügelhalter, nutzt diese Marktlage aus. Mit **Muskator-Eiermehl**, dem idealen Legefutter, werden Körbe voll Wintereier erzeugt — also viel Geld verdient.

Proben und Druckschriften kostenlos von Ihrem Händler oder dem Hersteller:

Bergisches Kraftfutterwerk GmbH.

Düsseldorf-Hafen

Sie sind erkannt!

Die beiden alten Herren, die gestern Nacht in der Oberförsterei hier das Koppel entwendet haben wollen dies sofort zurückgeben, andernfalls Strafanzeige erfolgt. **Die Oberförsterei.**

Spangenberger Lichtspiele

Sonntag, den 20. Oktober, abends 8¼ Uhr

„Der Fremdenlegionär"

„Wenn die Schwalben heimwärts ziehn".

6 spannenende Akte schildern das Joch und die zu erduldenden Qualen, denen die Fremdenlegionäre ausgesetzt sind.

Ferner:

Großpapa tanzt!

Filmgroteske in 2 Akten

und

UFA WOCHENSCHAU

Komme jeden Freitag

mit

Seefischen, Flußfischen, frischen Salzheringen u. Fischmarinaden

auf den Wochenmarkt

Heinrich Eifert / Heinebach

Fischhandlung

Die Oefen von Voß

die Herde von Voß

fährt

Denß,

Kassel, Martinsplatz.

Nimmt sie doch ein jeder gern, der günstig kaufen und Kohlen sparen will.

Nach auswärts frachtfrei.

UNSERIERT

Gemischter Chor

„Liederkränzchen."

Donnerstag abend **keine**

Gesangstunde

Der Vorstand.

Salinensalz

H. Mohr.

Wochenmarkt.

Auf dem Wochenmarkt (Freitag-Vormittag) können Einheimische und Auswärtige rohe Naturerzeugnisse mit Ausschluß des größeren Viehs, Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues und der Fischerei mit Ausschluß der geistigen Getränke sowie frische Lebensmittel aller Art verkaufen. Irgendeine Abgabe (Marktstandsgeld) ist nicht zu entrichten.

Spangenberg, den 16. Oktober 1929.

Der Magistrat. Schier.